

Die europäische Demokratie vor dem Reparationsproblem

Autor(en): **Frenau, Hermann**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Wissen und Leben**

Band (Jahr): **23 (1920-1921)**

PDF erstellt am: **11.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-749749>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

DIE EUROPÄISCHE DEMOKRATIE VOR DEM REPARATIONSPROBLEM

Seit langem wieder hat der gewissenhafte, demokratische Chronist einigen Anlass, die politischen Ereignisse optimistischer zu werten, als er es seit den düsteren Tagen des Waffenstillstandes beständig tun musste. Denn wenn nicht alle Zeichen trügen, dann stehen wir mit dem *neuen deutschen Kabinett* Wirth vor der beginnenden Lösung des folgenschweren Reparationsproblems.

Bekanntlich verurteilt der achte Teil des Versailler Vertrags Deutschland unter Betonung seiner Verantwortlichkeit für den Kriegsausbruch zur Zahlung aller Verluste und Schäden, die den Ententeländern aus dem deutschen Angriff erwachsen sind. Von Scheidemann bis Fehrenbach haben die Regierungen der deutschen Republik zwar niemals die *Schuld* der ehemaligen kaiserlichen Regierung am Kriegsausbruch, wohl aber die Wiedergutmachungspflicht Deutschlands anerkannt, dabei aber immer aufs neue betont, dass Deutschland nicht imstande sein werde, die geforderten Milliardenbeträge zu zahlen. Nicht minder kategorisch erklärten ihrerseits die in Frankreich regierenden Nationalisten diese deutschen Vorbehalte als eine spezifisch deutsche Böswilligkeit, deren Hauptzweck die Umgehung der Versailler Bestimmungen sei. So musste das Reparationsproblem zu einer Klippe werden, an der zur Freude der Reaktion die Hoffnungen der Friedensfreunde immer wieder zerschellten.

Den Höhepunkt erreichte diese bedrohliche Entwicklung mit der Ententenote vom 29. Januar und der sich daran knüpfenden Londoner Konferenz. Durch ihr Verhalten auf dieser Konferenz hatte die Regierung Fehrenbach-Simons die letzten Aussichten auf eine Verständigung über das Reparationsproblem zerstört. Es war vorauszusehen, dass die Entente unter abermaliger Betonung ihrer Sieghaftigkeit darauf mit Gewaltmaßnahmen antworten würde. Sie diktierte zunächst die sogenannten „Sanktionen“, formulierte in ihrer Note vom 5. Mai ihre Bedingungen an Deutschland und erklärte kategorisch, dass, wenn Deutschland diese Bedingungen nicht bis zum 13. Mai annehme, am gleichen Tage der Vormarsch ins Ruhrgebiet, das heißt die militärische Besetzung des wichtigsten deutschen Industriegebiets beginnen werde. Nach Bekanntwerden

dieses scharfen Ultimatums reichte die Regierung Fehrenbach-Simons am 6. Mai ihre Entlassung ein. Vom 6. bis 10. Mai durchlebte Deutschland (wenn wir etwa die Zeit der Spartakistenputsche ausnehmen) wohl die aufgeregtesten Tage seiner jungen republikanischen Geschichte. Denn zu dem Konflikt mit der Entente wegen des Reparationsproblems gesellte sich der von Korfanty in Oberschlesien angezettelte Aufstand und die Verlegenheit um einen Reichskanzler, der imstande sein werde, mit dem Vertrauen der Entente die Aussicht auf eine baldige Besserung der unhaltbaren europäischen Zustände zurückzugewinnen. Nach nächtelangen, erregten Diskussionen kam dann endlich spät abends am 10. Mai das neue Kabinett Wirth zustande, das sich am 11. Mai dem Reichstag vorstellte und mit 220 gegen 172 Stimmen die *Zustimmung zur bedingungslosen Annahme des Entente-Ultimatums* erhielt.

Die bei dieser Gelegenheit von Dr. Wirth gehaltene Rede vermied nicht nur die törichte Phrase von „dem uns aufgezwungenen Verteidigungskrieg“ und alle unnützen Proteste gegen die Entente-forderungen, sondern sie betonte auch, dass Deutschland „nur durch Leistungen, nicht durch Worte“ die Gegner „von der Aufrichtigkeit seines Wollens überzeugen“ könne. Diese Rede, in der kein Wort zuviel und keines zu wenig war, hat überall im Ausland den Eindruck gemacht, dass die neue deutsche Reichsregierung *tatsächlich* den ernsthaften, ehrlichen Versuch machen wird, die übernommenen schweren Verpflichtungen restlos durchzuführen.

Wird Deutschland den damit unterschriebenen, zweiundvierzig Jahre lang fälligen Milliardenwechsel regelmäßig einlösen können?

Ganz allgemein kann man diese Frage mit *ja* beantworten. Denn so hart auch die Bedingungen sein mögen, sehr angesehene deutsche Volkswirtschaftler sind der Meinung, dass sie bei einigem guten Willen erfüllt werden *können*.

Überhaupt ist das Reparationsultimatum vom 5. Mai kein politisches, sondern ein mehr *kaufmännisches* Dokument. Es wurde von kühl rechnenden Kaufleuten aufgestellt, die zwar von der Idee ausgingen, aus Deutschland herauszuholen, was herauszuholen ist, die aber doch begriffen haben, dass die deutsche Zahlungsverpflichtung nur *dann* einen Wert hat, wenn man Deutschland *hilft*, seinen Kredit und Handel wieder herzustellen.

* * *

Und doch sollten jene Ententepolitiker, die nicht nur immer nach deutschen Milliarden, sondern auch nach der baldigen Wiederherstellung normaler Friedenszustände Ausschau halten, diese deutsche Unterschrift mit dem *größten Misstrauen* betrachten. Gewiss kann der aufrichtige Wiedergutmachungswille Deutschlands, verbunden mit der Wiederherstellung seiner Zahlungsfähigkeit, die Ententeländer mit einem 42jährigen Milliardensegnen beglücken. Aber was ist damit eigentlich für den europäischen *Frieden* gewonnen?

Diese Frage, die doch gestellt werden *muss*, scheint die Schaffer des Versailler Vertrags nicht beunruhigt zu haben. Der Versailler Vertrag ist leider nicht auf die moderne Idee gebaut, dass alle Völker letzten Endes *gemeinsame* Interessen haben; er ist vielmehr auf die alte, aber falsche Auffassung einer ewigen *Wirtschaftsrivalität* der Völker gestellt. Das heißt, er betrachtet das Reparationsproblem nicht international und altruistisch, sondern *national* und *egoistisch*; er auferlegt die Wiederherstellung der Kriegsschäden *einzig* dem Besiegten und stellt den Frieden nicht auf Recht und Völkerversöhnung, sondern auf die wirtschaftliche Knebelung und militärische Entwaffnung *Deutschlands*.

Die so geschaffenen Friedensgarantien sind im höchsten Grade kurzfristig und einseitig. Denn was wird *nach* zweiundvierzig Jahren, wenn Deutschland den heut unterzeichneten Milliardenwechsel voll eingelöst hat? Heut drängt man Deutschland mit allen Mitteln zur Wiedergutmachung der Kriegsschäden. Deutschland kann aber die geforderten Riesensummen nur dann zahlen, wenn es (vorläufig noch mit Ententehilfe) eine *Riesenproduktivität auf rationellster, billigster Grundlage* entfaltet, die es ihm ermöglicht, seine Ausfuhr zu verzehnfachen und seinem Volke Steuern aufzuerlegen, deren Art und Höhe schon fast an mittelalterliche Abgaben erinnern. Wenn aber *nach* 42 Jahren die deutsche Produktion aufs höchste gesteigert ist und jene Zahlungen, Zölle und Steuern *fortfallen*, muss sich dann das Bild eines fronenden Deutschlands nicht plötzlich in das eines wirtschaftlich *überlegenen* Deutschlands wandeln? Denn eben die Tatsache, dass Deutschland, um seine Riesenschulden zu tilgen, eine Riesenproduktivität entwickeln muss (die 42 Jahre lang mit 26% Ausfuhrzoll usw. kalkulieren und doch konkurrenzfähig sein soll), würde ihm doch, bei Fortfall jener Lasten, eine wirtschaftliche und industrielle *Welthegeemonie* verschaffen, die

der übrigen Welt höchst gefährlich werden könnte. Ich rede hier gar nicht davon, dass wir, um durch Steigerung der Produktion und Ausfuhr die übernommenen Zahlungsverpflichtungen erfüllen zu können, mindestens die großen Industrien durchgreifend *sozialisieren* müssen, und dass durch diese Sozialisierung (Fortfall des Unternehmergewinns) die Kohlen- und Eisenpreise um mindestens ein Viertel verbilligt werden. Aber schon im Rahmen der heutigen kapitalistischen Produktionsweise ergibt sich (wenn Deutschland Milliarden bezahlen soll) trotz aller Zölle und Abgaben die Notwendigkeit für die deutsche Exportindustrie, *billiger* zu sein als die Konkurrenz. Fallen diese Abgaben aber fort, dann könnte Deutschland Riesenverdienste erzielen und seine Waren dennoch zu solchen „Schleuder“-Preisen anbieten, dass den anderen Ländern gar bald der Atem ausginge.

Zu dieser Gefahr einer aus der Wiedergutmachtungspflicht entstandenen deutschen Wirtschaftsdiktatur käme noch eine andere: Man mag dem deutschen Volk hundertmal vorrechnen und beweisen, dass seine ehemalige Regierung den Krieg und damit den Ruin Europas heraufbeschwor. Man wird nicht hindern können, dass die heut in Deutschland heranwachsende Generation sich *frei* von dieser Schuld fühlt und, nach etwa dreißig Jahren, nicht mehr verstehen wird, warum sie *allein* eine Last tragen soll, die sie nicht verschuldet hat. Die nie verstummenden Prediger der Revanche würden unter diesen Umständen das denkbar reichste Betätigungsfeld finden und jene oben erwähnte Aussicht auf die deutsche Wirtschaftsdiktatur über Europa müsste mächtig dazu beitragen, nicht nur den Wunsch nach einer gewaltsamen Revision des Versailler Vertrags, sondern eben auch den verderblichen alldeutschen Glauben an die „Kultur“-mission Deutschlands *neu zu beleben*.

* * *

Wie können wir dieser bedrohlichen Entwicklung vorbeugen? Meiner Ansicht nach nur, wenn wir an die Stelle des national-egoistischen Prinzips (wie es im Versailler Vertrag zum Ausdruck kommt) eine *Solidarität aller Völker* setzen, das heißt *das Reparationsproblem internationalisieren*. Nicht nur die ehemals kriegführenden, sondern *auch die neutralen Völker* erwarten aus der Wiedergutmachtung der Kriegsschäden eine Normalisierung ihrer

Wirtschaft. Und da das Reparationsproblem mehr oder weniger von der Frage des Wechselkurses beherrscht wird, da nur eine allmähliche Ausgleichung der Wechselkurse jene oben besprochene Gefahr einer deutschen Wirtschaftsdiktatur beseitigen kann, so ergibt sich daraus, dass die Länder mit hoher Valuta ein *Lebensinteresse* an einer beständigen Besserung des Mark-, Kronen- und Rubelwertes haben. Was nützt der Schweiz ihr hoher, aus dem Kriegeruin entstandener Frankenwert? Leidet die Schweiz am *Hochstand* ihres Geldes nicht ebenso empfindlich wie Deutschland, Österreich und Russland am *Tiefstand* ihrer Geldsorten? In der Tat hemmt der teure Schweizer Franken den Export, verteuert den Lebensunterhalt, vermehrt die Arbeitslosigkeit, lähmt den Schweizer Fremdenverkehr, kurzum schädigt die Schweiz jährlich um viele Millionen Nationaleinkommen. Es liegt also im Interesse *aller* Länder, dass der alte Geldwert allmählich wieder hergestellt werde. Diese Normalisierung der europäischen Finanz- und Wirtschaftsverhältnisse ist aber nur möglich, wenn *alle Länder*, vornehmlich *auch die neutralen*, einen *Anteil an der Schuldentilgung* des Krieges übernehmen. — Es wäre eine dankenswerte Aufgabe für den Völkerbund, wenn er sich dieses Problems bemächtigen und eine Art von internationalem Schuldentilgungsfonds schaffen wollte, der durchaus nicht als Entlastung Deutschlands, sondern eben als Regulator des Wechselkurses und der europäischen Wirtschaft zu verstehen wäre.

Wir kommen also zu der klaren Schlussfolgerung, dass eine nur kaufmännische und nationale Lösung des Reparationsproblems (wie sie der Versailler Vertrag vorsieht und wie sie heut provisorisch erfolgt ist) *nicht* genügt, sondern dass diese Lösung demokratisch und international in Angriff genommen werden muss, wenn sie eine Festigung des Friedens herbeiführen soll.

Die Ausmerzung der reaktionären deutschen Volkspartei und der Wiedereintritt der Mehrheitssozialdemokratie in die deutsche Reichsregierung haben eine erste und grundlegende Voraussetzung dafür geschaffen, dass die europäische Demokratie nunmehr an die internationale Lösung des Reparationsproblems herantreten kann. Für die nächsten Jahre besteht freilich noch wenig Aussicht, dass die Entente gewillt sein wird, den Völkerbund mit der internationalen Regelung dieses Problems zu betrauen. Aber wenn Deutschland es mit Hilfe einer entschieden demokratischen Politik wenig-

stens so weit bringt, seinen Feinden von gestern wieder Vertrauen in seine Ehrlichkeit einzuflößen, dann kann die Zeit nicht mehr fern sein, wo es mit Fug und Recht *seine Aufnahme in den Völkerbund* beantragen darf, ohne, wie im letzten Dezember in Genf, auf den erregten Widerspruch der Franzosen zu stoßen. Ist Deutschland aber einmal gleichberechtigtes Mitglied des Völkerbundes, dann ergeben sich für alle aus dem Versailler Vertrag auftauchenden Probleme ganz andere Besprechungs- und Lösungsmöglichkeiten als heute, wo Deutschland bald als Besiegter, bald als Alleinschuldner und manchmal gar als Angeklagter vor der Entente steht.

Soll sich die alte Volksweisheit von der Grube, die man einem andern gräbt, und in die man zuletzt selbst fällt, auch am Versailler Vertrag bewahrheiten? Dieser Vertrag und die aus ihm erwachsene Siegerpolitik der Entente sehen heute noch wie zwei Mühlsteine aus, die Deutschland zu zermalmen drohen. Sind aber einmal die deutsche Bereitwilligkeit und Fähigkeit zur vollen Wiedergutmachung vorhanden, dann werden diese Mühlsteine ein Riesenräderwerk in Bewegung setzen, das, von der Energie und dem Arbeitsgenie eines 60 Millionenvolkes belebt, 42 Jahre lang keuchend für die Wiedergutmachung arbeiten wird, um *nachher* seinerseits die (ganz auf deutsche Milliarden und Exporthindernisse eingestellten) Räderwerke der Nachbarn zu zermalmen. Dazu käme noch, wie gesagt, eine von einem ganz anderen Geist belebte, sich schuldlosühlende *neue* deutsche Generation, die einmal von dem Druck der Abgaben frei und im Besitz einer wirtschaftlichen Welthegegonie, unter den Predigten der Revanchehelden sehr leicht zu einer neuen Kriegsgefahr für Europa werden könnte.

* * *

Nur wenn sich die europäische Demokratie endlich aufrafft, internationale Probleme auch *international* zu lösen, nur wenn sie beizeiten auf eine Revision des Versailler Vertrags dringt und den Völkerbund als obersten Schiedsrichter dieses Reparationsproblems ausgestaltet, nur *dann* können wir mit Fug und Recht sagen, dass die Annahme des Entente-Ultimatums vom 5. Mai eine Epoche der Verständigung und des *wahren* Völkerfriedens eingeleitet hat.

BERLIN

HERMANN FERNAU

□ □ □